



Luxemburg erklärt sich solidarisch und nimmt immer wieder Flüchtlinge von den Rettungsschiffen der Hilfsorganisationen auf.

(FOTO: AFP)

Hilfe für die Hoffnungslosen

2018 zählte die Immigrationsbehörde 2 205 Asylbewerber – Zahl der Anträge steigt seit Januar wieder an

VON DANI SCHUMACHER

Die Zahl der Asylbewerber stagniert auf hohem Niveau. Dennoch kann Luxemburg die Herausforderung meistern, betont Außenminister Jean Asselborn. Allerdings setzt er in der Migrationspolitik weiter auf eine europäische Lösung.

„Das Hauptproblem ist, dass es an der nötigen Solidarität zwischen den EU-Ländern fehlt.“ Mit diesen Worten umriss Außen- und Immigrationsminister Jean Asselborn (LSAP) gestern das Dilemma der europäischen Immigrationspolitik. Auf der einen Seite gibt es Länder wie Ungarn und Italien, die zurzeit jegliche Zusammenarbeit verweigern, auf der anderen Seite gibt es Staaten wie Deutschland, Frankreich, Spanien oder Portugal, die sich immer wieder bereit erklären, Flüchtlinge von den Rettungsschiffen aufzunehmen, die im Mittelmeer kreuzen und nirgendwo anlanden können. Zu diesen Ländern gehört auch Luxemburg. Denn einmal mehr zeigt sich Luxemburg im Fall der „Sea-Watch 3“ solidarisch und gibt mehreren Flüchtlingen eine neue Heimat.

„Europa ist zu. Das ist aber nicht meine Logik“, so Asselborn, der gestern die neusten Asyl- und Immigrationszahlen vorstellte. Für den Minister steht denn auch außer Frage, dass es unbedingt zu einer europäischen Lösung kommen muss. Vor allem fordert Asselborn eine Reform des Dublin-III-Abkommens samt der Einführung von Quoten für eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge. Ohne neues Dublin-Abkommen sei der Zustrom der Schutzsuchenden nicht mehr zu bewältigen, warnt Asselborn. Ein entsprechender Vorschlag liegt bereits seit 2015 vor, ohne dass bislang aber Fortschritte erzielt werden konnten.

Die sogenannten Dubliner machen Luxemburg seit Langem zu schaffen. Wie Asselborn gestern erklärte, wurden im vergangenen Jahr 797 Anträge abgewiesen, weil die Asylbewerber zuvor bereits einen Antrag in einem anderen EU-Land gestellt hatten. In dem Fall ist Luxemburg nicht zuständig, sondern das Land, in dem sie erstmals erfasst wurden. Mit 39,1 Prozent machten die sogenannten Dubliner letztes Jahr laut Minister Asselborn einen Großteil der Asylbewerber aus.

Insgesamt stellten letztes Jahr 2 205 Personen in Luxemburg einen Antrag auf Asyl, gegenüber 2 318 ein Jahr zuvor. Die leicht negative Tendenz könnte sich allerdings schnell wieder umkehren, denn allein im Januar dieses Jahres gingen bei der Immigrationsbehörde bereits 284 Anträge ein. Sollten diese hohen Zahlen sich bestätigen, könnte 2019 ein „Rekordjahr“ werden, so Asselborn.

Die meisten Flüchtlinge kommen mittlerweile aus Eritrea (392). An zweiter Stelle liegen die Syrer (227) gefolgt von den Irakern (196) und den Afghanen (176). Sorgen bereiten der Immigrationsbehörde allerdings die Antragsteller aus Georgien (141), die oft nicht aus humanitären Gründen nach Luxemburg kommen. Zwar dürfe man nicht verallgemeinern, doch eine Reihe von georgischen Asylbewerbern sei wegen Drogendelikten und Waffenbesitz mit dem Gesetz in Konflikt geraten.

Anerkennungsrate bei 41 Prozent

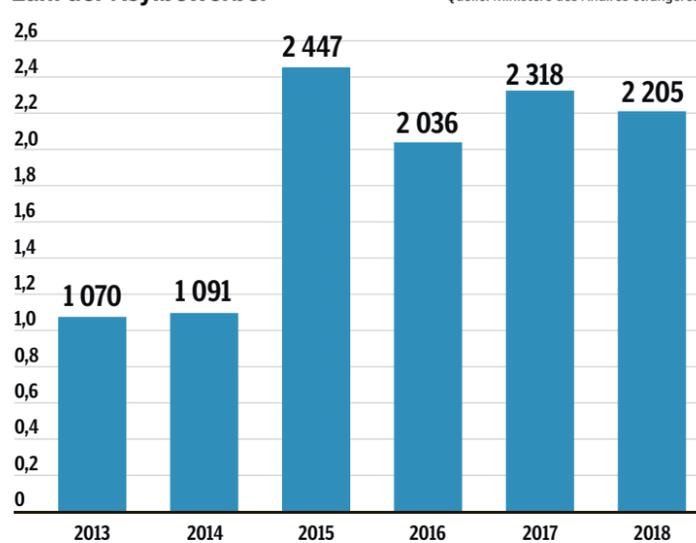
2018 hat die Immigrationsbehörde insgesamt über 2 371 Anträge entschieden. 978 Personen wurden als Flüchtlinge anerkannt, das macht immerhin 41,2 Prozent. Weitere 74 erhielten subsidiarischen Schutz. 313 anerkannte Flüchtlinge stammen aus Syrien, 309 aus Eritrea, 160

Herkunftsländer der Asylbewerber in 2018

Nationalität	Anzahl	Prozentsatz im Vergleich zu allen Anträgen 2018
Eritrea	392	17,8%
Syrien	227	10,3%
Irak	196	8,9%
Afghanistan	176	8%
Georgien	141	6,4%
Marokko	94	4,3%
Tunesien	91	4,1%
Kosovo	81	3,7%
Algerien	80	3,6%
Serbien	65	2,9%
Soudan	65	2,9%
Guinea	48	2,2%
Iran	47	2,1%
Albanien	45	2%
Türkei	44	2%
Andere	413	18,7%
Total	2 205	100%

Quelle: Ministère des Affaires étrangères

Zahl der Asylbewerber



Quelle: Ministère des Affaires étrangères

aus dem Irak, 59 aus dem Iran und 55 aus Afghanistan.

Dem stehen 361 Personen (15,2 Prozent) gegenüber, deren Antrag auf Asyl 2018 abgelehnt wurde, darunter 61 Antragsteller aus den Maghreb-Staaten Algerien, Tunesien und Marokko. Insgesamt wurden im letzten Jahr 351 abgelehnte Asylbewerber in ihre Heimatländer oder in die EU-Staaten, in denen sie zum ersten Mal einen Asylantrag gestellt hatten, zurückgeschickt. 272 haben Luxemburg freiwillig verlassen, 79 mussten zur Rückkehr gezwungen werden. Wie Minister Asselborn betonte, wurde auf Grund der weiterhin angespannten Lage bislang davon abgesehen, abgelehnte Asylbewerber nach Syrien, Afghanistan oder in den Irak zurückzuschicken.

Nach der Debatte der letzten Wochen stellte der Minister dazu klar, dass bei minderjährigen Flüchtlingen zur Altersbestimmung lediglich eine Untersuchung der linken Hand, des Schlüsselbeins und der Zähne erfolgt, nicht aber der Genitalien. 2018 hatte die Immigrationsbehörde insgesamt 40 unbegleitete Minderjährige registriert.

Luxemburg stellt sich übrigens in der Asylpolitik neu auf. Wie im Regierungsprogramm festgehalten, wird neben der Immigrationsbehörde nun auch das Office luxembourgeois de l'accueil et de l'intégration (OLAI) dem Außenministerium unterstellt. Bislang fiel die Behörde in den Verantwortungsbereich des Familien- und Integrationsministeriums. Am vergangenen Freitag hat das Kabinett den entsprechenden Gesetzesentwurf gutgeheißen. Asselborn hofft, dass die Neureglung zum 1. Mai in Kraft treten kann. Das OLAI wird zudem in Office national de l'accueil, kurz ONA umbenannt.